

Hintergrund

Mitte-links hat in der Schweiz keine Basis

FDP und CVP sind in den letzten Jahren eindeutig in die Nähe der SVP gerückt. Dies zeigt eine neue Studie, welche die Haltung von 2500 Lokalparteien der Schweiz untersucht hat.

Von Andreas Ladner und Urs Meuli*

Mit der Forderung der SVP nach einem zweiten Sitz im Bundesrat hat die Frage nach den inhaltlichen Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den Parteien eine neue Dimension erhalten. Soll die Schweiz vom Konkordanzsystem Abschied nehmen und in Zukunft durch eine auf ein gemeinsames Regierungsprogramm festgelegte Koalition von Parteien regiert werden?

Nur wenn die Linken mit der CVP zusammenspannen, können sie die Wahl eines zweiten SVP-Mitglieds, gefordert in der Person von Nationalrat Christoph Blocher, verhindern. Davon verspricht sich die SP die Unterstützung der CVP in den zentralen Fragen der kommenden Legislatur, was faktisch auf eine Mitte-links-Koalition hinauslaufen würde.

Die Alternative dazu wäre eine Mitte-rechts-Regierung ohne SP, in der die SVP zusammen mit der FDP, unterstützt durch die CVP, die Verantwortung für die Zukunft des Landes übernehmen würde. Freilich: Unser politisches System eignet sich für solche Koalitionsbildungen nicht, weil keine Möglichkeit besteht, die Koalitionspartner durch drohende Neuwahlen längerfristig zu binden. Dennoch stellt sich die Frage, wie gross die politischen Gemeinsamkeiten zwischen den potenziellen Koalitionspartnern überhaupt sind.

Massgebend für die Nähe der politischen Parteien zueinander sind - so unsere These - nicht die gegenseitigen Sympathien und Feindseligkeiten der Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentarier, welche zurzeit solche Koalitionspläne hegen, sondern die politischen Präferenzen der Parteibasis.

Eine gute Möglichkeit, diese Präferenzen zu messen, eröffnet sich bei den Lokalparteien und deren Mitgliedern. Die gesamtschweizerischen Untersuchungen bei rund 2500 Lokalparteien, die am Soziologischen Institut der Universität Zürich durchgeführt wurden, erlauben es, die realen Erfolgchancen solcher Koalitionsbestrebungen unter die Lupe zu nehmen. Von Interesse sind dabei sowohl die zentralen politischen Themen als auch die Einstellungen zu konkreten politischen Sachfragen. Zu den Grundfragen der Schweizer Politik gehören die zukünftige Rolle des Staates, die Steuer-, Sozial-, Sicherheits- und Umweltpolitik sowie die Aussenpolitik, dargestellt an der Debatte um einen EU-Beitritt der Schweiz.

Klare Fronten in den politischen Grundthemen . . .

Möglichst weit reichende Liberalisierung staatlicher Aufgaben: Der Ruf nach einer verstärkten Liberalisierung staatlicher Aufgaben ist vor allem für die Lokalparteien der FDP ein Thema. Hier findet sich in mehr als der Hälfte der Gruppierungen eine Mehrheit der Mitglieder, die dieses Anliegen unterstützen. Bei der SVP ist der Anteil der befürwortenden Sektionen bereits etwas geringer, dafür nimmt der Anteil der Sektionen mit geteilter Meinung zu, und bei der CVP ist diese Forderung am stärksten umstritten. Anders sieht die Situation im linken Lager aus: In mehr als 70 Prozent der SP-Sektionen und in rund der Hälfte derjenigen der Grünen steht eine Mehrheit der Mitglieder diesem Anliegen negativ gegenüber. Auf Grund dieser Angaben lässt sich die CVP kaum dem linken Lager zuordnen. Ihre Haltung passt ebenso gut zu derjenigen von FDP und SVP.

Verringerung der Steuerbelastung: Noch klarer werden die Fronten, wenn es darum geht,

die Leistungen des Staates zu finanzieren. Bei der Frage der Steuerbelastung verläuft der Graben zwischen den bürgerlichen und den linken Parteien. Das bürgerliche Lager zeichnet sich durch eine fast einhellige Forderung nach Steuersenkungen aus. Bei den linken Parteien ist nur eine kleine Minderheit für eine Reduktion der Steuern. Allerdings gibt es sowohl bei der SP wie auch bei den Grünen einen beachtlichen Anteil an Lokalsektionen, in denen die aktiven Mitglieder geteilter Meinung sind.

Verringerung der Sozialausgaben: Hoffnungen für eine Mitte-links-Koalition werden ansatzweise in der Sozialpolitik genährt. Tatsächlich nimmt die CVP hier am ehesten eine Mitte-Position ein. Allerdings sind auch in dieser Frage die Gemeinsamkeiten zwischen der Linken und der CVP relativ gering. Bei SP und GPS sind es mehr als 80 Prozent der Lokalparteien, die angeben, dass eine Mehrheit der Mitglieder gegen eine Verringerung der Sozialausgaben ist, während es bei der CVP nur etwas mehr als 20 Prozent sind. In knapp 40 Prozent der CVP-Lokalparteien sind die Meinungen aber zumindest geteilt. Die Zweifel scheinen berechtigt, ob die Linke beim Kampf gegen die Verringerung der Sozialausgaben in der CVP eine verlässliche Partnerin finden könnte.

Kein Umweltschutz auf Kosten der Wirtschaft: In der Umweltpolitik wird allgemein davon ausgegangen, dass zwischen der CVP und der SVP markante Unterschiede bestehen. Die SVP gilt als Gegnerin jeglicher Umweltschutz, während die CVP in dieser Frage für weite Teile der Linken koalitionswürdig scheint. In der Beurteilung der Forderung, dass der Umweltschutz nicht auf Kosten der Wirtschaft gehen darf, zeigen sich allerdings zwischen diesen beiden Parteien keine Differenzen. Insgesamt favorisiert im bürgerlichen Lager eine knappe Mehrheit der Parteien wirtschaftliche Interessen vor umweltschützerischen Anliegen. Im Umweltschutz scheint die CVP für SP und Grüne nicht wesentlich verlässlicher zu sein als die anderen bürgerlichen Parteien.

Mehr Anstrengungen für die innere Sicherheit: Beim Thema innere Sicherheit zeichnen die Resultate ein klares Bild. Einmütig fordern SVP, FDP und CVP höhere Anstrengungen zur Erhaltung der inneren Sicherheit. Insgesamt sind bei den Bürgerlichen rund 90 Prozent der Lokalparteien dieser Meinung. Bei den linken Parteien ist das Thema innere Sicherheit kontrovers. Die zustimmenden und ablehnenden Lokalparteien halten sich die Waage, und in rund der Hälfte der Sektionen sind die Meinungen geteilt.

EU-Beitritt: In der Aussenpolitik, bei der Frage nach einem EU-Beitritt der Schweiz, kommen die bekannten Positionen deutlich zum Ausdruck. Die SVP ist praktisch geschlossen dagegen, während sich bei der SP und etwas weniger stark bei den Grünen eine Mehrheit der Lokalparteien mit einer mehrheitlich positiven Einstellung zu einem Beitritt finden lässt. Weniger eindeutig ist die Lage bei FDP und CVP, in denen der grösste Teil der Lokalparteien diesbezüglich geteilter Meinung sind. Das Lager der EU-Gegner ist aber in beiden Parteien - in der CVP deutlich, in der FDP knapper - grösser als die Seite der EU-Befürworter.

. . . wie auch bei konkreten politischen Sachfragen

Verschärfung der Asylpolitik: Auch bei konkreten politischen Sachfragen gibt es kaum Ansätze einer variablen Geometrie. In der Asylpolitik hat die FDP- und CVP-Basis die SVP-Forderungen nach einer schärferen Gangart mehrheitlich übernommen. Mehr als die Hälfte ihrer Lokalparteien sind für eine Verschärfung der Asylpraxis, nur eine kleine Minderheit dagegen. Ganz anders sehen das SP und Grüne. Rund zwei Drittel ihrer Lokalparteien lehnen eine Verschärfung der Asylpolitik ab.

Abschaffung des Bankgeheimnisses: Auch in der Debatte um das Bankgeheimnis haben die bürgerlichen Parteien eine klare Position bezogen und lehnen die Abschaffung einhellig ab. Weniger einheitlich sind die Verhältnisse auf der linken Seite. Zwar ist die Mehrheit der Lokalparteien für eine Abschaffung des Bankgeheimnisses, eine respektable Minderheit ist aber geteilter Meinung.

Einführung der Mutterschaftsversicherung: Geschlossen steht die Basis von SP und Grünen zur Forderung nach einer Mutterschaftsversicherung. In der SVP und FDP scheint die Mutterschaftsversicherung dagegen keine Chance zu haben. In dieser Frage unterscheidet sich die CVP relativ stark von den zwei anderen bürgerlichen Parteien und steht dem linken Lager eher näher. Allerdings sind mehr als 40 Prozent der Lokalparteien

der CVP bei dieser wichtigen familienpolitischen Frage geteilter Meinung oder lehnen die Forderung ab.

Mehr politische Rechte für Ausländer: Äusserst gross ist die Diskrepanz zwischen bürgerlichen und linken Parteien schliesslich auch in der Frage der Integration von Ausländern. Nicht nur in der SVP und FDP, auch in der CVP ist eine Mehrheit der Basis gegen jeglichen Ausbau der politischen Rechte für Ausländer. Umgekehrte Verhältnisse prägen die linken Parteien, in denen eine deutliche Mehrheit der Lokalparteien für einen Ausbau der Ausländerrechte votiert.

Das bürgerliche Lager ist zusammengerückt

Sowohl bezüglich der politischen Grundthemen wie auch in den konkreten politischen Sachfragen zeigen die Einschätzungen der Lokalparteien, dass das bürgerliche Lager relativ gefestigt ist. Die Nähe der CVP zur SP kommt am ehesten bei der Beurteilung der Rolle des Staates, in der Sozialpolitik und bei der Mutterschaftsversicherung zum Ausdruck. Die Differenzen zu den Linksparteien sind aber auch hier grösser als zu den anderen bürgerlichen Parteien. In allen anderen wichtigen Fragen manifestiert sich eine inhaltliche Geschlossenheit zwischen SVP, FDP und CVP. In der Finanzpolitik, in der Ausland- und Ausländerpolitik, in der Umweltpolitik sowie in Fragen der inneren Sicherheit zeigen sich nur geringe inhaltliche Differenzen innerhalb des Bürgerblocks.

Die Vorstellung, dass sich die bürgerlichen Parteien in den letzten Jahren auseinander gelebt haben, indem sich FDP und CVP nach links verschoben haben und die SVP nach rechts gerückt ist, findet auf der Ebene der Parteienbasis keine Bestätigung. Im Gegenteil: FDP und CVP sind in inhaltlichen Fragen in den letzten Jahren eindeutig in die Nähe der SVP gerückt. In verschiedenen wichtigen Sachfragen hatte sich die CVP 1990 noch deutlich von der SVP unterschieden. So haben sich in der Zwischenzeit CVP und FDP klar von EU-Befürwortern zu EU-Skeptikern gewandelt. Auch in Fragen des Umweltschutzes, des Einflusses der Arbeitnehmer, des Mieterschutzes und in Flüchtlings- und Asylfragen ist die CVP eindeutig nach rechts gerückt. Die politischen Lager haben sich in der Sachpolitik in den 1990er-Jahren verfestigt, und der Graben zwischen den linken und den bürgerlichen Parteien ist eher grösser geworden.

Mitte-links-Koalition keine Option

Eine Mitte-links-Koalition wird von jenen Parteien als Vorschlag eingebracht, welche bei den bevorstehenden Bundesratswahlen befürchten, ihre Macht zu verlieren. Während die CVP in einem Zusammenschluss mit der Linken die einzige Chance sieht, ihren zweiten Bundesratssitz zu retten, wählt die SP den Weg des kleineren Übels. Für ein nachhaltiges Funktionieren einer Mitte-links-Koalition sind inhaltliche Gemeinsamkeiten in zentralen politischen Grundfragen, die auch von der Parteibasis getragen werden, aber unablässig. Fehlt eine solche Abstützung, könnte die Rechnung bei den nächsten Wahlen teuer zu stehen kommen. Zwischen der Basis der SP und Grünen auf der einen und derjenigen der CVP auf der anderen Seite sind solche Übereinstimmungen praktisch nicht festzustellen. Einer ernsthaften Koalition zwischen der CVP und den Linksparteien können deshalb über den 10. Dezember hinaus keine Erfolgsaussichten vorausgesagt werden.

Das einzige Bündnis, das inhaltlich bestehen könnte und auch über die nötige Mehrheit in der Bundesversammlung verfügt, wäre eine Koalition der drei bürgerlichen Parteien. Damit verbunden wäre aber wieder das Problem, dass rund ein Drittel der Bevölkerung aus der Regierung ausgeschlossen bliebe.

** Der Politologe Andreas Ladner und der Soziologe Urs Meuli arbeiten am Soziologischen Institut der Universität Zürich an einem Nationalfondsprojekt über den Wandel der Parteien auf lokaler Ebene.*